

II - 2057 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1109 1J

1987 -10- 27

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. HAIDER, Dr. KRÜNES, DR. FRISCHENSCHLAGER
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend neuerliche Zuschüsse für die verstaatlichte Industrie

In jüngster Zeit mehren sich Informationen, wonach die völlige Umorganisation der verstaatlichten Industrie einen neuerlichen Finanzausschuß des Staates erforderlich macht. Demnach sei es erforderlich, auch einen Teil der bestehenden Kreditverbindlichkeiten verstaatlichter Unternehmungen durch Bundesmittel abzudecken. Der seinerzeitige Finanzminister Dr. Salcher hat jedenfalls die Haftung der Republik für diese Kredite durch eine Garantieerklärung gegenüber dem Bankensystem zum Ausdruck gebracht. Demgegenüber stehen die wiederholten Äußerungen des ÖIAG-Generaldirektors Sekyra, worin er neuerliche Bundeszuschüsse für die verstaatlichte Industrie ausgeschlossen hat.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr die

A n f r a g e :

1. Wird für die geplante Umorganisation im Bereich der verstaatlichten Industrie ein neuerlicher Staatszuschuß erforderlich sein?
2. Können Sie insbesondere die Inanspruchnahme der Bundeshaftung für Kredite verstaatlichter Betriebe aus dem Titel der seinerzeitigen "Salcher-Erklärung" ausschließen?